

Ressort: Lokales

Berliner Terroranschlag: FDP will Informationsrechte einklagen

Berlin, 12.05.2017, 18:00 Uhr

GDN - Ein Berliner FDP-Abgeordneter will beim Verfassungsgericht des Landes sein "Recht auf Aufklärung" einklagen: Der innenpolitische Sprecher der Liberalen, Marcel Luthe, hatte dem Senat rund 80 Fragen zum Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Dezember 2016 gestellt, berichtet der "Spiegel". Die Antworten hält er für einen "Affront".

Der Senat blockiere "auf allen Wegen die Aufklärung der politischen Hintergründe des Anschlags und verweigert in beispielloser Weise vernünftige Antworten – oder hat keine Ahnung, was noch schlimmer wäre", sagte Luthe dem Magazin. Bisher überlassen das Parlament und der Senat die Untersuchung der Umstände des Attentats einem Sonderermittler. Die FDP fordert einen Untersuchungsausschuss, den SPD, CDU, Grüne und Linke "aktiv verhindern", so Luthe. Da die CDU bis kurz vor dem Anschlag den Innensenator stellte, dessen Arbeit Gegenstand der Ausschussuntersuchung wäre, rechnet die FDP dort mit keiner Unterstützung und sieht sich in ihren Oppositionsrechten eingeschränkt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89286/berliner-terroranschlag-fdp-will-informationsrechte-einklagen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSIV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619